

## Positionsdarstellungen aus dem Jahresgutachten 1984/85 des SVR zur Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik

Der SVR stellt die umfassende Besserung der Angebots- und Rahmenbedingungen dar, hält aber die Investitionstätigkeit noch für unbefriedigend und das Ziel eines angemessenen wirtschaftlichen Wachstums nicht nur für verletzt, sondern auch in Zukunft für gefährdet. Bedrückend sei die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die Sorge bleibe, diese werde sich auch in den kommenden Jahren nicht entscheidend verringern:

„Gegen die zunehmende Gewöhnung an hohe Arbeitslosigkeit ist anzugehen, die sich auch und gerade dann verfestigen kann, wenn es wirtschaftlich aufwärts geht, der Fortschritt beim Beschäftigungsziel aber gering bleibt. Niemand hat Vorteile aus hoher Arbeitslosigkeit. Über der Erinnerung an die ungunstigen Nebenfolgen einer Zeit anhaltender Übernachfrage am Arbeitsmarkt wird leicht vergessen, welchen Gewinn die Zeit eines hohen Beschäftigungsstandes gebracht hat, weit über das Wirtschaftliche hinaus, Gewinn an Unabhängigkeit der Menschen, an Überwindung von Existenzangst, an Ansehen und Würde der Arbeitnehmer in den wirtschaftlichen Beziehungen, an Zustimmung zu der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung, in der wir leben. Der Sachverständigenrat hat in einem früheren Gutachten einmal davon gesprochen, daß die Gesellschaft den Test ihrer Reife auf einen späteren Zeitpunkt verschiebt, wenn sie sich nicht zutraut, das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes wirklich ernst zu nehmen, etwa weil es auch Probleme gibt, mit denen ohne hohen Beschäftigungsstand leichter fertig zu werden ist (JG 67 Ziffer 257). Er sieht auch unter stark erschwerten Bedingungen seinen Auftrag weiterhin darin, solcher Einstellung entgegenzuwirken.“ Ziffer 46\*.

Insgesamt kommt der SVR in Ziffer 2 und 3 des Vorworts zu folgender Einschätzung:

„Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich, bei deutlich verbesserter Konstitution, im konjunkturellen Aufwind. Es ist Raum da für mehr Investitionen. Die Erfolge in der Inflationsbekämpfung, in der Sanierung der Staatsfinanzen, in der Überwindung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts der frühen achtziger Jahre sowie in der Verbesserung der Ertragsbedingungen der Unternehmen sind gemeinschaftlich erzielt worden, von der Geldpolitik, von der Finanzpolitik, von der Lohnpolitik. Jedes war hier Vorbedingung für das andere. Auch die Nutzung der so gewonnenen und weiter zu vermehrenden Chancen einer verbesserten Konstitution der Volkswirtschaft muß durch ein gutes Zusammenspiel aller gelingen.

In der Frage der konstitutionellen Bedingungen hat die Bundesrepublik international einen Vorsprung. Daß die Wirtschaft ihn dynamisch nutzt, darauf kommt jetzt alles an; es ist die Hoffnung im Inland wie im Ausland

Der Versuch, die Bedeutung dieser konstitutionellen Faktoren für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft herauszuarbeiten und aufzuzeigen, bei welchem Verhalten in Politik und Wirtschaft die hier erreichten Verbesserungen trotz fortdauernder Belastungsfaktoren Basis einer möglichst langen Periode der Expansion bei Stabilität sein können, prägt dieses Jahresgutachten. Allgegenwärtig ist darin die bisher ungelöst gebliebene Aufgabe, nun auch dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes Näherzukommen. Wir sehen hier keinen Anlaß zur Resignation, warnen aber auch vor Illusionen. Was zur Vorbereitung größerer Schritte in Richtung eines hohen Beschäftigungsstandes getan wurde, sollte nicht deshalb klein geschrieben werden, weil es bisher nur verhindert hat, daß entgegen verbreiteter Befürchtung die Entfernung von diesem zentralen Ziel noch größer geworden ist. Aber es besteht auch Anlaß zu mahnen, daß eine fortdauernde Verletzung dieses Ziels keine Gewöhnung an hohe Dauerarbeitslosigkeit bewirken darf. So wenig man den Staat in einer umfassenden Verantwortung für einen hohen Beschäftigungsstand sehen darf, so sehr Chance und Würde des einzelnen im selbstverantworteten Handeln liegen, so sehr ist doch die Gesellschaft im ganzen zuständig für Bedingungen, unter denen die Chance des einzelnen, seinen Erwerb selbst zu suchen, eine faire



Chance ist. Es kann keine Rede davon sein, daß es unmöglich ist, solche Bedingungen wiederherzustellen.

Wir sehen den Staat in der nächsten Zukunft nicht konjunkturpolitisch gefordert. Aber es geht weiterhin um bedeutsame Fragen der Kursbestimmung für die Finanzpolitik auf längere Sicht. Das Bemühen, die ständige Neuverschuldung des Staates weiter zu senken, das sich als so dringlich erwiesen hat, und die Aufgabe, die Steuerlast der Bürger zu verringern, konkurrieren um den Spielraum, den eine Politik weiterhin nur schwach steigender Staatsausgaben schaffen kann. Der Mut zum einen fordert von Regierungen und Parlamenten Selbstvertrauen und Beharrlichkeit beim anderen.

Wie in früheren Jahren sind die Mitglieder des Rates nicht bei allen Fragen zu einem einheitlichen Urteil gelangt. Der bei weitem größte Teil dieses Gutachtens wird jedoch von allen Mitgliedern des Rates gemeinsam getragen. Professor Dieter Mertens sieht die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten zur Lösung der Beschäftigungsprobleme teilweise anders als die Mehrheit des Sachverständigenrates. Dies betrifft vor allem die Frage des Bedarfs an ergänzenden nachfrageseitig ansetzenden Maßnahmen und die Frage der erforderlichen verteilungspolitischen Rücksichten bei der Wahl einer Strategie. Auch zur beschäftigungspolitischen Bedeutung von Arbeitszeitverkürzungen und Änderungen des Arbeitsrechts vertritt er eine andere Auffassung als die Mehrheit des Rates. Er hat seine abweichende Meinung an den entsprechenden Stellen im Gutachten zum Ausdruck gebracht.“ Minderheitsvoten in Ziffer 331, 339 bis 343, 369, 382, 471 bis 478.

Nach: JG 1984/85 des SVR: Chancen für einen langen Aufschwung, Stuttgart und Mainz 1984

